



# Stadt Neubrandenburg

Tagesordnungspunkt

2

öffentlich

nicht öffentlich

Sitzungsdatum: 21.03.13

Drucksachen-Nr.: V/922

Beschluss-Nr.: 559/36/13

Beschlussdatum: 21.03.13

**Gegenstand:** Für Toleranz, Weltoffenheit und Gewaltfreiheit in Neubrandenburg – Keine extremistischen und von Extremisten missbrauchten Veranstaltungen in unserer Stadt

**Einreicher:** Fraktion SPD – B'90/GRÜNE

**Beschlussfassung durch:**  Oberbürgermeister

Hauptausschuss

Betriebsausschuss

Stadtvertretung

## Beratung im:

|                          |                          |                            |                          |                          |  |
|--------------------------|--------------------------|----------------------------|--------------------------|--------------------------|--|
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | Hauptausschuss             | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | Stadtentwicklungs- und<br>Umweltausschuss        |
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | Hauptausschuss             | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | Ausschuss für Generationen,<br>Bildung und Sport |
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | Finanzausschuss            | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | Kulturausschuss                                  |
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | Rechnungsprüfungsausschuss | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |  |
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | Betriebsausschuss          | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |  |

Neubrandenburg, den 28.02.2013

Prof.Dr. Roman F. Oppermann  
Vorsitzender

**Beschlussvorschlag:**

Auf der Grundlage des § 22, Absatz (2) der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) wird durch die Stadtvertretung folgender Beschluss gefasst:

Für Toleranz, Weltoffenheit und Gewaltfreiheit in Neubrandenburg -  
Keine extremistischen und von Extremisten missbrauchten Veranstaltungen in unserer Stadt

Die Stadtvertretung Neubrandenburg lehnt extremistische Veranstaltungen und den Missbrauch von Veranstaltungen durch Extremisten ab. Das gilt für alle Veranstaltungen, an deren Organisation, Durchführung und/oder Profit Personen beteiligt sind, die dem extremistischen Spektrum zuzuordnen bzw. Mitglieder extremistischer Parteien und Organisationen sind oder deren Vertretern eine öffentliche Bühne bieten.

Wir appellieren an alle Einwohner der Stadt Neubrandenburg, demokratischen Kräfte, Unternehmen, Gewerkschaften, Institutionen, Vereine und Verbände in Neubrandenburg, sich klar für Demokratie, Weltoffenheit, Toleranz und Gewaltfreiheit zu positionieren und sich in diesem Sinne mit bürgerschaftlichem Engagement zu beteiligen.

**Finanzielle Auswirkungen:**

keine

**Begründung:**

In Neubrandenburg hat es wiederholt Veranstaltungen in öffentlichen Gebäuden gegeben, auf denen Extremisten auftraten und die Anziehungspunkt der extremen und kriminellen Szene waren. Derartige Veranstaltungen werden als fester Bestandteil insbesondere rechtsextremer Strategien genutzt, um durch öffentliche Auftritte in die Mitte der Gesellschaft vorzudringen, Rechtsextremismus zu verharmlosen und gesellschaftsfähig zu machen sowie finanzielle Mittel zu generieren.

Wir wollen, dass keine öffentlichen Räumlichkeiten bzw. Flächen für kommerzielle Veranstaltungen zur Verfügung zu stellen bzw. zu vermieten, bei denen Teilnehmer, Organisatoren oder Sponsoren dem extremen Spektrum zugeordnet werden können, und darauf hinzuwirken, dass auch private Vermieter davon Abstand nehmen.

Denn unsere Aufgabe und die der gesamten Gesellschaft muss es sein, alle Bürgerinnen und Bürger, aber insbesondere Kinder und Jugendliche vor derartigen Einflüssen zu schützen. Jegliche Erscheinungsformen von Extremismus und Gewalt lehnen wir konsequent ab. Die demokratischen Fraktionen der Stadtvertretung eint das Bekenntnis zu Toleranz, Weltoffenheit und Gewaltfreiheit.